

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 10 (1969)
Heft: 1

Artikel: Anzeichen einer neuen Nationalitätenpolitik in Rumänien?
Autor: Popescu, Leonida
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1095494>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Anzeichen einer neuen Nationalitätenpolitik in Rumänien?

Von Leonida Popescu

Vor einigen Wochen wurde in Bukarest der Nationalrat der ungarischen Werktätigen in Rumänien gegründet. Vorsitzender wurde Sandor Péterffy, Mitglied der rumänischen Akademie, sein Stellvertreter Professor Lajos Takacs, einstiger Minister für die Nationalitäten in der Regierung Petru Groza im Jahr 1947.

Einstweilen bleibt natürlich noch dahingestellt, ob dieser «Nationalrat» eine praktische Rolle zur Verbesserung der Beziehungen zwischen den Rumänen und der ungarischen Minderheit spielen oder nur eine Repräsentation ohne Gewicht sein wird. Aber sein Zustandekommen selbst deutet schon an, dass die rumänische KP sich zur Erkenntnis durchgerungen hat, die Einheit eines multinationalen Staates könne auf die Dauer nicht durch die vollständige Ignorierung ihrer grössten nationalen Minderheit gesichert werden.

Das hat eben Siebenbürgens Beispiel bewiesen, als nach 1867 die im Dualismus der Habsburger Monarchie herausgewachsenen ungarischen Regierungen die Interessen der rumänischen Minderheit im ungarischen Königreich missachteten. Dieselbe fruchtlose Politik wurde dann zwischen den beiden Weltkriegen, diesmal in entgegengesetzter Richtung, von den rumänischen Regierungen betrieben: Das Resultat war ständiges Wachsen des Misstrauens zwischen den zusammenlebenden Rumänen und Ungarn.

Nach dem Zweiten Weltkrieg hat Stalins Wille nicht nur die Grenzen im Donauraum bestimmt (1920 wurde Siebenbürgen Rumänien zugesprochen, 1940 — im Wiener Schiedsspruch — zwi-

schen Ungarn und Rumänien aufgeteilt, 1945 kehrte ganz Siebenbürgen zu Rumänien zurück), sondern auch die gesellschaftliche Neuordnung. Das Hauptziel war die Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft, und die Interessen der einzelnen Nationalitäten wurden ausser acht gelassen. Der Kreml billigte alle Massnahmen der damaligen stalinistischen Marionettenregierungen Rumäniens, wenn sie nur den Sozialismus (oder was als solcher galt) förderten, ohne sich darüber Gedanken zu machen, dass diese gleichzeitig die Unterdrückung einer nationalen Minderheit bedeuteten.

Sozialismus ist, wenn man rumänisch spricht

So fordert der Sozialismus die Verstaatlichung des Schulwesens. Zwischen den beiden Weltkriegen hatten die damaligen nationalen rumänischen Regierungen jedwede Enteignung der ungarischen Schulen der verschiedenen Glaubensbekenntnisse vermieden, jetzt aber wurden im Schatten des Kremls alle diese Schulen nationalisiert. Die Verstaatlichung konnte noch mit den kommunistischen Thesen erklärt werden. Dass jedoch alsbald in immer mehr Schulen zum Unterricht in rumänischer Sprache übergegangen

wurde, dass rumänische Direktoren an ihre Spitzen gesetzt und immer mehr rumänische Lehrkräfte die ungarischen ersetzten, verbitterte die ungarische Minderheit über alle Massen, um so mehr, als diese Schritte schon nicht mehr mit der kommunistischen Doktrin untermauert werden konnten.

Oder: Es entsprach soweit den Zielen des Aufbaus des Sozialismus, dass die ungarischen Genossenschaften aufgelöst, ihre Betriebe und Fabriken verstaatlicht wurden. Dass aber in den Mühlen und Sägewerken (aus den Beiträgen der ungarischen Bauern der Gemeinde einst errichtet) rumänische Verwalter und Buchhalter, aus andern Gebieten dorthin kommandiert, die Leitung übernahmen, leuchtete durchaus nicht als eine sozialistische Massnahme ein. Alles in allem: Wie Stalin unter dem Vorwand des Kommunismus die Länder der Sowjetunion russifizierte, kolonisierten die rumänischen Kommunisten in den Jahren des Stalinismus Siebenbürgen.

Nun aber hat sich das politische Gesamtbild geändert. Heute trachtet Rumänien selbst darnach, seine nationalen Interessen dem Kreml gegenüber zu wahren. In diesem Kampf benötigt die rumänische Führung zwangsläufig die Solidarität ihrer nationalen Minderheiten, und die Minderheiten sehen nur allzu gut, dass ihr Interesse mit den heutigen Bestrebungen der rumänischen KP übereinstimmt. Der praktische Wert, die moralische und politische Kraft dieser Solidarität hängt aber sinngemäss davon ab, wie aus dem Alltagsleben der Minderheiten die bitteren Erfahrungen und Enttäuschungen der Vergangenheit eliminiert werden können.

Was sind Szekler?

«So etwas wie die Ungarn, nur besser!»

In den Nachkriegsjahren, zur Zeit des Kampfes der rumänischen Kommunisten gegen den König um die Macht, standen prozentual mehr Ungarn hinter ihnen als eigene Landsleute. Das hatte seine guten Gründe: In der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen waren Komintern und KP der einzige, wenn auch damals unbedeutende Faktor, der für die Gleichberechtigung der nationalen Minderheiten eintrat.

Unter kommunistischer Aegide entstand 1945 der Ungarische Volksbund in Rumänien, der ebenfalls damit argumentierte, dass nur die Kommunisten diese Gleichberechtigung verwirklichen könnten. Die historischen Parteien Rumäniens (die Nationale Bauernpartei von Iuliu Maniu, die Liberale Partei Bratianus) wurden vor den Szekler Bauern als die gefährlichsten Feinde dieser Gleichberechtigung dargestellt. (Die Szekler, ein alter ungarischer Stamm, wohnen in geschlossenem Siedlungsgebiet im nordöstlichen Teil Siebenbürgens. Im Mittelalter verteidigten sie selbst ihren ungarischen Landsleuten gegenüber erbittert ihre Autonomie, die sie als Grenzsoldaten noch von den Arpadenkönigen im 11. Jahrhundert erhalten hatten. Wenn man einen Szekler Bauern fragt, was denn ein Szekler sei, antwortet er stolz: «Sowas wie ein Ungar, nur besser!») Den Szekler Bauern versprachen der Ungarische Volksbund und die KP die Wiederherstellung ihrer einstigen Autonomie. (Im Szeklerland lebten die Szekler in einer absoluten Mehrheit von 96 Prozent. Auch heute noch stellen sie gut 90 Prozent.)

Als am 19. November 1946 die letzten Mehrparteienwahlen in Rumänien stattfanden, wurde



Zwischen den Nationalitäten in Rumänien herrscht Harmonie — in der Folklore. Gemeinsamer Tanz von Rumäninnen, Ungarinnen und Deutschen.

